

Über die spannungsreiche
Beziehung zwischen
Politikern und Journalisten

Partner und Gegner

Michael Mertes

Die rot-grüne Koalition trat 1998 mit dem Versprechen an, im Verhältnis zwischen Regierung und Medien ein neues Zeitalter demokratischer Transparenz einzuläuten. Und in der Tat: Freundlich, ja kumpelhaft ging Kanzler Schröder auf Journalisten zu, die sein Vorgänger Kohl auf Distanz gehalten hatte.

Die Offensive des Lächelns verschleierte indes, dass Schröder mit den Medien in einer höchst machiavellistischen Weise umgeht. Schon als niedersächsischer Regierungschef hatte er verkündet, worauf es letztlich ankommt: auf „*Bild*, *BamS* und *Glotze*“. Einem Regionalkorrespondenten, der sich vom Informationsfluss in Berlin weitgehend abgeschnitten fühlt, empfahl die stellvertretende Regierungssprecherin Charima Reinhardt vor einiger Zeit, auf die eigens für Journalisten eingerichtete Internetseite der Bundesregierung zuzugreifen: „Das erspart Ihnen Anrufe.“ Dies vorab zum Thema „Transparenz“.

Im März dieses Jahres zog Medienliebling Joschka Fischer sich den Zorn vieler Journalisten zu. Einem Parteifreund, so wurde kolportiert, habe der grüne Bundesaußenminister geklagt, Journalisten seien nichts anderes als „Fünf-Mark-Nutten“. Pikiert fragte daraufhin das Magazin *Der Spiegel* in einer Glosse, die als offener Brief an den „lieben Joschka“ aufgemacht war: „Glaubst Du, dass wir so leicht käuflich sind? Und vor allem: Hast Du jemals gezahlt? Nein, Du hast Dich durchfüttern lassen, von uns Nutten. Und wenn wir dann mal in der sonnigen Tos-

kana waren, hast Du uns erstdürsten lassen und dann noch mitdürren Worten abgespeist.“ Und in einer Publikation der IG Medien mokierte sich der Journalist Johannes Nitschmann: „Gestatten Sie eine indiskrete Frage, Herr Außenminister! – Gehören Sie am Ende auch zu den ungehörierten Freiern, die sich lustvoll im medialen Sperrbezirk tummeln?“

Wir wissen nicht, was Joschka Fischer tatsächlich gesagt hat. Sein Ausspruch ist zumindest gut erfunden. Tief blicken lässt jedenfalls die Reaktion von Betroffenen: Journalisten trauen Politikern durchaus zu, dass sie im stillen Kämmerlein letztlich nur Verachtung für die Medienzunft übrig haben. Die kleine Episode wirft somit ein Schlaglicht auf eine höchst delikate Beziehungskiste.

System käuflicher Liebe?

Es geht um eines der offensten Geheimnisse der Republik. Man könnte auch sagen: um einen ihrer bestgehüteten Allgemeinplätze. Die schlichte Wahrheit lautet: Politiker instrumentalisieren Journalisten für eigene Zwecke. Diese Instrumentalisierung kann drei verschiedene Formen annehmen:

Erstens: Journalisten veröffentlichen die Botschaft, an der einem Politiker besonders gelegen ist – eine Sprachregelung, eine Erfolgsmeldung, ein abschätziges Urteil über Rivalen und dergleichen mehr. Das wirksamste Instrument dieser Art von Informationspolitik ist die gezielte Indiskretion, auch „Durchstechelei“ genannt. Pressemitteilungen sind in-

zwischen so zahlreich, dass kaum jemand sie noch zur Kenntnis nimmt.

Sie wirken, *zweitens*, bewusst oder unbewusst daran mit, Gerüchte auszustreuen – zumeist Informationen, die sie „off the record“, also unter dem Siegel der Verschwiegenheit, erhalten haben. Solche Informationen werden nicht gleich gedruckt oder gesendet, sondern auf dem Jahrmarkt der Wichtigkeiten weitererzählt – und früher oder später ohne genaue Quellenangabe publiziert. „Über Bande spielen“ heißt diese indirekte Methode im Politjargon.

Sie betätigen sich, *drittens*, als Zuträger. Das heißt, sie versorgen Politiker mit aktuellem Klatsch und mit Informationen, die ihnen von anderen Politikern „off the record“ anvertraut wurden. Kaum etwas interessiert Machtprofis so sehr wie die Frage „Wer mit wem?“ und „Wer gegen wen?“.

Der Einsatz von Journalisten zur Veröffentlichung von Botschaften ist sicher die häufigste Form der Instrumentalisierung. Besonders beliebt ist dabei ein Genre, das nicht zu Unrecht die Bezeichnung „Interview ohne Fragen“ trägt – also der Politiker-Monolog, über den der Berichterstatter in direkter und indirekter Rede referiert, oder auch der von Politikern (genauer gesagt: deren Ghostschreibern) verfasste Zeitungsbeitrag.

In seinem ungemein aufschlussreichen Film „Kanzlerbilder“, vom Südwest-Fernsehen im Februar ausgestrahlt, ist Thomas Schadt das Kunststück gelungen, einen besonders charakteristischen Augenblick einzufangen. Wir sehen Schröder im Kreise seiner allerengsten Vertrauten aus Regierung, Fraktion und Partei. Wenige Tage vor der entscheidenden Bundesratsabstimmung am 14. Juli 2000 über die Steuerreform führen die Herren ein Strategiegespräch. Noch ist nicht sicher, ob das Vorhaben die letzte Hürde nehmen wird. Schröder möchte der Öffentlichkeit kommunizieren, dass die

Steuerreform für Aufschwung und Arbeitsplätze unerlässlich ist – und dass die Opposition mit ihrer Blockade diese positiven Tendenzen zu gefährden droht. Wäre es nicht sinnvoll, wenn er dies alles im Magazin *Der Spiegel* darlegte? „Du kannst ja mal gleich anrufen, ob sie wollen“, instruiert der Kanzler seinen Regierungssprecher Heye. Dann fügt er hinzu: „Oder ich ruf' den Aust selber an.“ Chefredakteure sind Chefsache.

Aus vielen Gründen kommt die Instrumentalisierung von Journalisten durch Politiker nur selten öffentlich zur Sprache. Zwar mag die Standessolidarität unter Medienvertretern durch den verschärften Wettbewerb um den größten Knüller – zumindest um die aktuellste Meldung – in letzter Zeit stark gelitten haben. Doch wer als Journalist Kollegen verdächtigt oder gar angreift, macht sich nicht beliebt – von rechts bis links.

Gestern noch tafelte Herausgeber X im Bonner Kanzlerbungalow ganz exklusiv mit Helmut Kohl und badete im prickelnden Gefühl, Weltgeschichte mitgestalten zu dürfen. Heute bietet Gerhard Schröder dem Chefredakteur Y in vertraulicher Runde das „Du“ an, raucht mit ihm eine Cohiba und weiht ihn in seine Pläne ein. Die Opposition – gestern die SPD, heute die Union – schaut dem Tête-à-tête von Macht und Medien neidisch zu, hält sich jedoch mit bösen Kommentaren zurück, weil sie es als Regierungspartheid kaum anders machen würde.

Auf dem Bild von der „Fünf-Mark-Nutte“ ist bei genauerem Hinsehen eine zweite Gestalt zu erkennen, die sich im Hintergrund zu halten versucht: der Freier. Er symbolisiert den Politiker. Erst diese Figur enthüllt den tieferen Sinn des drastischen Vergleichs. Denn nicht die Prostituierte ist in Wirklichkeit die Hauptperson – der Freier ist es. Seine Nachfrage bringt das Angebot erst hervor, er hält das System der käuflichen Liebe in Gang. Deshalb hat er keinerlei

Die Beziehung zwischen Politikern und Journalisten stellt seit Jahrzehnten eine permanente Herausforderung dar, doch: „moderne Demokratie wird durch Massenmedien überhaupt erst möglich“. (Michael Mertes)

Foto: Sven Simon



Recht, sich moralisch überlegen zu dünnen. Und er darf auch nicht jammern, wenn die Dame einmal zickig wird und ihn unfreundlich behandelt.

Innerer Dauerkonflikt

Partnerschaft und Gegnerschaft prägen das Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten: Beide sind als Partner existentiell aufeinander angewiesen. Unsere Demokratie braucht Massenmedien als Vermittler zwischen Wählern und Gewählten. Macht legitimiert sich in der Kommunikation. Mehr noch, moderne Demokratie wird durch Massenmedien überhaupt erst möglich. An diesem Befund ändern die neuen, durch das Internet eröffneten Möglichkeiten einer unmittelbaren und interaktiven Beziehung zwischen den so genannten „Menschen draußen im Lande“ und ihren Berliner Repräsentanten nichts Entscheidendes. Die Massenmedien wiederum brauchen

die Politik als Lieferantin neuer Nachrichten. Genau hier liegt die Wurzel einer im Prinzip unversöhnlichen Gegnerschaft.

Der einzelne Berichterstatter muss unablässig die prekäre Balance halten zwischen übertriebener Nähe und übertriebener Distanz zum Politikbetrieb. Er erlebt diese Spannung als inneren Dauerkonflikt.

Politiker und Journalisten haben unterschiedliche Ziele. Das politische System folgt der Logik von Machterwerb und Macht Sicherung, seine Dynamik entsteht durch den permanenten Wettbewerb um öffentliche Ämter. Im System der Massenmedien wird dagegen um Informationen konkurriert – und zwar nicht um irgendwelche, sondern um neue Informationen. Eine Nachricht, die bereits veröffentlicht ist, hat keinen besonderen Wert mehr; sie taugt höchstens als Hintergrund, als Kontext für die nächste Meldung. Massenmedien erzeugen einen un-

ersättlichen Bedarf an neuen Nachrichten, indem sie – so hat es Niklas Luhmann ausgedrückt – „ständig und zwangsläufig Information in Nichtinformation verwandeln“.

Das alles mag allzu wertneutral, ja zynisch klingen. Geht es denn Politikern und Journalisten nicht auch, ja in erster Linie um moralisch wertvolle gemeinsame Ziele wie Gerechtigkeit, Wahrheit und Frieden? Verletzt man nicht die Ehre beider Berufsstände mit der verallgemeinernden Aussage, sie seien getrieben vom Verlangen nach öffentlichen Ämtern und frischer Nachrichtenware?

Nein, selbstverständlich soll hier niemand unter den Generalverdacht gestellt werden, finstere Absichten und schnödes Kalkül leiteten sein Handeln. Wir müssen jedoch klar unterscheiden, worin das unverwechselbar Eigentümliche beider Systeme besteht. Und da ist der Befund eindeutig: Wettbewerb um Macht ist der spezifische Motor der Politik, Wettbewerb um neue Information der spezifische Motor des Journalismus.

Immer wieder geraten Machtinteresse und Informationsinteresse in offenen Widerstreit. Information kann der Macht schaden. Und umgekehrt gilt: Es dient der Macht, Kontrolle über die Information zu behalten. Die von Thomas Meyer so genannte „Selbst-Medialisierung der Politik“ entmündigt die Bürger. Man fühlt sich an die *Dialektik der Aufklärung* erinnert: Die Mediokratie forciert „gerade unter der demokratischen Prämissen breitestmöglicher Informations- und Entscheidungsteilhabe die Intensivierung einer Darstellungspolitik im politischen System selbst, die es für ebendiese breite Mehrheit immer schwerer macht, das politische Geschehen informiert und kompetent zu beobachten und zu beeinflussen.“

Politiker möchten, dass über die Stücke berichtet wird, die sie selbst auf der Bühne des großen Staatstheaters in-

szenieren. Als kraftvolle Lenker der Nation stellen sie sich am liebsten dar. Mit pathetischer Geste erhebt der Kanzler zur persönlichen „Chefsache“, was dem Volk am Herzen liegt. Als oberster Moderator des „Bündnisses für Arbeit“ kümmert er sich eigenhändig und demonstrativ um die Sorgen derer, die keine Beschäftigung finden oder Angst davor haben, ihren Job zu verlieren. Die Gladiatoren in der Arena des Bundestages beweisen vor laufender Kamera Kampfesmut und Schlagfertigkeit. Mit einem Machtwort weist die CDU-Vorsitzende ihre parteiinternen Kritiker in die Schranken. In Brüssel legt sich die Landwirtschaftsministerin für den Schutz der deutschen Verbraucher heroisch ins Zeug. Auf internationalen Konferenzen führt der Außenminister seinen Landsleuten daheim mit sorgenzerfurchter Miene vor, dass ohne seinen Beitrag der Weltfrieden in akuter Gefahr wäre.

Wir Fernsehzuschauer kennen all diese Stücke zur Genüge. Das Spektrum reicht vom kurzen Einakter bis zum großen Drama mit oder ohne Happy End. Der Informationswert solcher Darbietungen hält sich in Grenzen, und auch ihr Unterhaltungswert nutzt sich ab. Nur zu gern wüssten wir mehr – mehr über das, was hinter den Kulissen geschieht. Ob da alles mit rechten Dingen zugeht. Ob die Staatschauspieler sich an das halten, was sie auf offener Bühne dem Volke predigen. Und genau an derartige Informationen herankommen wollen Journalisten, die ihren Beruf ernst nehmen – die ihren Ehrgeiz dareinsetzen, dem lesenden, hörenden und zuschauenden Publikum echte Neuigkeiten zu bieten. Doch bei ihren Recherchen treffen sie auf Politiker, die sich nicht in die Karten schauen lassen.

Dass journalistische Wissbegier eine Tugend ist, zieht kaum jemand in Zweifel – von dem einen oder anderen Opfer allzu aufdringlicher Nachforschungen einmal

abgesehen. Dabei stehen, mehr oder weniger deutlich, vielen Zeitgenossen die Ikonen des investigativen politischen Journalismus vor Augen: Robert Woodward und Carl Bernstein, jene beiden amerikanischen Reporter, die zur Aufdeckung des Watergate-Skandals von 1972 entscheidend beitrugen.

Transparenz unter allen Umständen?

Dennoch erhebt sich die Frage, ob das politische Geheimhaltungsbedürfnis unter allen Umständen ein Zeichen von Untugend, ein Symptom von Unlauterkeit ist. Überspitzt gesagt: Darf man politische Gespräche hinter verschlossenen Türen pauschal als „Kungelrunden“ abqualifizieren? Muss es Politikern nicht zuweilen gestattet sein, die demokratische Öffentlichkeit auszusperren?

In der bereits erwähnten Strategiebesprechung bei Kanzler Schröder fragt SPD-Generalsekretär Müntefering, ob und wie sich die Zustimmung der SPD-FDP-Koalition in Rheinland-Pfalz zur Steuerreform erreichen lasse. Ein brisanteres Thema. Bevor Schröder antwortet, wendet er sich an das Filmteam: „Ihr müsst da den Ton wegmachen.“ Man könne solche Dinge nicht vor laufender Kamera erörtern. Recht hat er. Es wäre unfair, den Kanzler hier an das Lob der gläsernen Exekutive zu erinnern, das er in seiner Regierungserklärung vom 10. November 1998 gesungen hat. Wenn Politik ein legitimer Wettbewerb um Macht ist, dann darf es Politikern nicht verwehrt sein, im kleinen Kreis von Eingeweihten verborgene Pläne zu schmieden.

Eine Überraschungstaktik, von der die Konkurrenz vorzeitig erfährt, läuft ins Leere. Täuschungsmanöver sind zulässig, solange das Strafrecht und die guten Sitten geachtet werden. In dieser Hinsicht könnte man Regierungs- und Oppositionspolitiker mit Schachspielern vergleichen. Beide Kontrahenten wollen die Par-

tie gewinnen. Keiner ist verpflichtet, seinem Gegenüber zu offenbaren, welches Zwischenziel er mit einem bestimmten Spielzug anpeilt.

Für die Legitimität des Geheimhaltungsinteresses spricht aber auch ein noch wichtiger Grund: „In der vertraulichen Diskussion“, so bringt es der Kölner Rechtsphilosoph Otto Depenheuer auf den Punkt, „findet die Vernunft des Sachgesprächs eine Nische innerhalb der totalen Öffentlichkeit einer fortgeschrittenen Mediendemokratie.“ Hinter den Kulissen können Politiker in aller Freiheit und Ruhe Vorschläge prüfen, Ideen erörtern, Pro und Kontra abwägen – ohne politische Rücksichtnahmen, ohne gleich befürchten zu müssen, dass jedes ihrer Worte auf die Goldwaage gelangt und sie selbst auf ein bestimmtes Zitat unwiderstehlich festgelegt werden. Auf der Bühne des großen Staatstheaters dagegen gelten andere Regeln. Hier schlüpfen die politischen Akteure in eine offizielle Rolle. Ihre Äußerungen haben nicht mehr privaten Charakter; sie werden als Meinungsbekundung den repräsentierten Institutionen zugerechnet – Regierung, Partei, Verband und so weiter.

Wie legitim, ja geboten es sein kann, die Vertraulichkeit von Gesprächen hinter den Kulissen zu schützen, zeigt sich besonders deutlich auf dem Feld der internationalen Beziehungen. Um das aktuellste Beispiel zu nehmen: Der deutschen Außenpolitik ist erheblicher Schaden aus der so genannten Protokollaffäre entstanden. Ende März 2001 machte Bundeskanzler Schröder seinen Antrittsbesuch beim neuen US-Präsidenten Bush. Zwei Monate später gelangte die Aufzeichnung des deutschen Botschafters Chrobog über diese Unterredung an die Öffentlichkeit.

Arkanum der Macht

Wir wissen heute, was Schröder und Bush im Weißen Haus besprochen haben. Be-

sonders lesenswert ist natürlich, was die beiden über andere Staats- und Regierungschefs zu sagen hatten. Das meiste davon wäre gewiss nicht über ihre Lippen gekommen, wenn sie geahnt hätten, dass ihre Einschätzungen demnächst in der Zeitung stehen. Offene Worte setzen verschlossene Türen voraus. Außenminister Fischer tut also das politisch Richtige, wenn er in seinem Ressort gegen ein Übermaß an Transparenz vorgeht.

So weit, so gut. Aber wer hat nun mehr Recht – Politiker, die den Raum hinter den Kulissen schützen, oder Journalisten, die gerade in diesen Raum einzudringen versuchen? Die Antwort lautet: Politiker und Journalisten können sich auf gleichermaßen legitime Ziele berufen – Ziele allerdings, die leicht in Widerstreit miteinander geraten.

Im Alltag freilich wird der Konflikt zwischen Machtinteresse und Informationsinteresse, zwischen Geheimhaltungs- und Aufklärungsbedürfnis durch ein dichtes politisch-publizistisches Netzwerk weitgehend neutralisiert. Käufer, Makler und Verkäufer auf der großen Informationsbörse pflegen täglichen Umgang miteinander. „Man kennt sich, und man schont sich“ – dieser Grundsatz gilt auf jeden Fall innerhalb der Fraktionen, in die der politisch-publizistische Komplex aufgespalten ist. Hinzu kommt die Bequemlichkeit – Recherchieren strengt an. Nicht wenige Berichterstatter verzichten auf den investigativen Blick hinter die Kulissen und begnügen sich damit, die Sprachregelungen des einen oder anderen Akteurs zu übernehmen. Vor einiger Zeit spottete Marc Fisher, lange Jahre Deutschland-Korrespondent der *Washington Post*, über den – wie er sich ausdrückte – „inzeptuösen Charakter“ der deutschen Journalistenzunft. Da gebe es „Reporter, die jahrelang über dieselbe Partei berichten – üblicherweise die Partei, der sie selbst angehören“. So entstehe „ein System wechselseitiger Rücksicht-

nahme mit der Folge, dass der Reporter nicht alle seine Informationen an die Öffentlichkeit weitergibt“. Der Mitwisser wird zum Komplizen; er genießt seine vermeintliche Teilhabe am Arkanum der Macht und sonnt sich in dem trügerischen Gefühl, Politik selber mitzugestalten.

Wenn Autohersteller, Reiseveranstalter oder Edelgastronomen versuchen, Fachjournalisten durch großzügige Geschenke freundlich zu stimmen, dann gilt das zu Recht als bedenklich. Aber wie steht es eigentlich um die politischen Journalisten?

In den Techniken der Macht sind die meisten Politiker Profis – und damit den meisten Journalisten haushoch überlegen. Aus Erfahrung wissen sie, dass man mit Gunstbeweisen schneller ans Ziel gelangt als mit Einschüchterung. Natürlich sind nur die allerwenigsten Journalisten für jene lumpigen fünf Mark zu kaufen, von denen Joschka Fischer angeblich gesprochen hat. Die im politisch-publizistischen Komplex geltenden Währungen sind von subtilerer, nicht so anrüchiger Art. Stoff für interessante Nachrichten gehört dazu. Oder die Gewährung eines Gesprächstermins. Oder die Mitwirkung an einer Rede, über die der Eingeweihte am besten selbst in höchsten Tönen berichtet. Oder der Mitflug in der Kanzlermaschine nach Peking.

Zeigt das Zuckerbrot keine Wirkung, so gibt es hin und wieder die Peitsche. Wird ein Berichterstatter zu frech, streicht ihm der Mächtige die Sonderzuteilung frischer Nachrichtenware. Im Falle eines Rückfalls droht ihm als Strafe, dass er bei der nächsten Auslandsreise nicht mitfliegen darf oder, schlimmer noch, die Absage des längst in Aussicht gestellten Interviews. Bekanntlich weigerte sich der frühere Bundeskanzler Kohl beharrlich, mit dem *Spiegel* zu sprechen. In seinem Schlüsselroman *Das Magazin* gibt der frühere *Spiegel*-Redakteur Hellmuth Ka-

räsek preis, wie sehr dieser Boykott schmerzte. Daniel Doppler, der Held des Buches, träumt eines Tages davon, der Regierungschef habe ihm einen Interview-Termin gewährt. Völlig verblüfft fragt er sich: „Der Kanzler sollte auf seine schärfste Waffe gegen die geballte Presse- mächt des Nordens, seine Verweigerung, verzichten?“

Die Regierenden verfügen außerdem über ein reichhaltiges Arsenal politischer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Vor allem gebieten sie über eine schnelle Eingreiftruppe beamteter *spin doctors*. Diese Mitarbeiter stehen in ständigem Gesprächskontakt mit Journalisten. Ihre Aufgabe ist es, politisch bedeutsamen Nachrichten einen bestimmten Dreh zu geben und damit die Interpretation von Ereignissen in die vom Arbeitgeber gewünschte Richtung zu lenken. Mithilfe von *spin doctors* schicken Politiker auch so genannte Versuchsbällons auf die Reise. Scheitert deren Mission – stößt zum Beispiel das *non-paper* aus dem Bundesfinanzministerium auf negative Resonanz in der Öffentlichkeit –, dann können sich die Regierenden ohne Dementi davon distanzieren. (Ein Dementi weckt bekanntlich den Verdacht, dass an der Sache etwas dran sein muss.)

Opfer und Täter zugleich

Nun soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, als seien Politiker immer nur die Täter und Journalisten immer nur die Opfer. Sie sind beides zugleich: Täter und Opfer, Instrumentalisierer und Instrumentalierte. Wenn Politiker über die „Macht der Presse“ klagen, dann bringen sie damit oft bloß die Erfahrung eigener Ohnmacht zum Ausdruck. In der Tat lässt sich der Informationsfluss in einem System, das vor allem von der Dynamik der Indiskretion in Schwung gehalten wird, kaum noch steuern.

Die Kenntnis der sprichwörtlichen „Leiche im Keller“ eines Politikers hat

sich so mancher Medienvertreter dazu genutzt, um Schweigegeld in Gestalt exklusiver Information zu erpressen. Wichtiger noch: Journalisten sind nicht nur Beobachter des großen Staatstheaters. Sie spielen mit – als Repräsentanten der Öffentlichkeit, als Anwälte des Volkes, das seine Stimme lediglich alle vier Jahre bei Wahlen erheben kann. Viele sind selbstbewusst genug, stets genau zu wissen, was die Wählerinnen und Wähler „draußen im Lande“ wünschen.

Journalisten sind also nicht nur in der Lage, das Geschehen auf der Bühne durch Information zu beeinflussen. In ihrer Gesamtheit agieren sie auch als eine Art Jury, deren Urteil politische Karrieren zu fördern oder zu beenden vermag. Gerät ein Gladiator allzu sehr „unter Druck“, wie es im Medienjargon heißt, dann richten sich die meisten Journalisten-Daumen irgendwann nach unten; dem armen Tropf bleibt schließlich kaum etwas anderes übrig, als die Waffen zu strecken.

Politiker fürchten solche Augenblicke – und das ist auch gut so. Ihre Empfindungen gegenüber Journalisten sind eine Mischung aus Abschätzigkeit und Respekt. Genau spiegelbildlich verhält es sich bei den Journalisten. Neben viel Ohnmacht erfahren sie gelegentlich eben auch, dass sie den Gang der Dinge verändern können. Mächtige zittern zu sehen erzeugt ein berauschendes Gefühl. Leider verleitet es schwache Charaktere zur Selbstüberschätzung und zur Kritiklosigkeit gegenüber der eigenen Zunft.

Was bleibt als Fazit? Das Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten wird immer spannungsreich sein. Wäre es frei von Gegensätzen, müsste man sich um die Qualität der Medien und die Vitalität der Demokratie ernsthafte Sorgen machen. Beide Seiten sollten aus alledem die paradoxe Schlussfolgerung ziehen, dass sie einander nur Partner sein können, wenn sie füreinander Gegner bleiben.